

Versorgung gefährdet? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum

Public services in decline? Development of social and economic infrastructures in rural areas in Austria.

Ingrid MACHOLD, Oliver TAMME

Zusammenfassung

In den letzten Jahren hat sich in einigen Bereichen (z.B. Post, Volksschulen, Öffentlicher Verkehr, Nahversorgung) die Versorgung mit sozialen und wirtschaftlichen Infrastrukturen verschlechtert, während es in anderen Bereichen zu Verbesserungen gekommen ist (Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen). Vom Rückgang der Infrastruktur sind vor allem ländliche Kleingemeinden betroffen. Diese leiden unter Abwanderung und Verlust an Kaufkraft. Ein Schlüsselfaktor ist der (Individual)Verkehr, weil die Mehrzahl der Infrastruktureinrichtungen nur mit einem PKW frequentiert werden kann. Anhand von Fallstudien in zwei obersteirischen Gemeinden wurde beispielhaft die Bedeutung der Infrastruktur für die lokale Bevölkerung untersucht. In den Interviews wurde deutlich, dass Einrichtungen der Daseinsvorsorge vielfältige Funktionen haben. Neben der Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs gestalten sie das Ortsleben räumlich und zwischenmenschlich lebendig und erhalten lokale Arbeitsplätze.

Schlagnworte: Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Regionalentwicklung

Erschienen 2007 im *Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie*, Band 16, S. 41-52. On-line verfügbar: www.boku.ac.at/oega

Summary

During recent years the situation in various fields of the social and economic infrastructure (e.g. postal services, elementary schools, public transport, local food-supply) has deteriorated, while in other fields some improvements can be observed (childcare, elderly care). Infrastructure facilities are increasingly concentrated in medium-sized local centres whereas small municipalities have lost a significant number of facilities. They suffer from migration and loss of purchasing power. A key issue is (individual) transportation as the availability of a private car is indispensable to use basic services. Two municipality case-studies illustrate the actual situation and development of infrastructure in small municipalities in a mountain region of Styria. Besides the basic provision social and economic infrastructure has additional – multifunctional – dimensions. Infrastructure facilities are important informal meeting points and places of communication. Furthermore they create and safeguard jobs.

Keywords: public services, basic services, infrastructure, regional development

1. Einleitung

Dieser Artikel basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts „Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum“, das von der Bundesanstalt für Bergbauernfragen durchgeführt wurde¹. In bestimmten Bereichen konnte die Datenlage aktualisiert werden (z.B. Post), darüber hinaus wurde der laufende Diskussionsprozess in die Darstellung einbezogen.

Neben einem Überblick über die regionale Verteilung und Entwicklung wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge in ganz Österreich (Nahversorgung, öffentlicher Personennahverkehr, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Postdienstleistungen, Gesundheitsversorgung) werden zwei Case-study Gemeinden

¹ MACHOLD und TAMME (2005): Versorgung gefährdet? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum. Forschungsbericht Nr. 53 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Wien.

vorge stellt und die qualitative Bedeutung der Infrastrukturanrichtungen für die lokale Bevölkerung analysiert. Die Schlussfolgerungen geben einen Ausblick auf mögliche Strategien, die zur Erhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge in ländlich peripheren Gebieten beitragen können.

2. Bestandsaufnahme der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur (Daseinsvorsorge)

Die Versorgungssituation mit sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur² im ländlichen Raum und im Berggebiet hat sich in den letzten Jahrzehnten dynamisch verändert. Mit dem Ziel gleichwertige Lebensbedingungen im ländlichen Raum herzustellen, wurde bis in die 1980er Jahre eine flächendeckende, dezentrale Infrastruktur forciert. Dadurch konnte auf vielen Standorten ein hoher Versorgungsgrad erreicht werden. Ausgehend von diesem hohen Versorgungsniveau verschlechterte sich die Situation in den letzten Jahren in vielen Bereichen.

Anzeichen dafür sind u.a. die sinkenden kommunalen Investitionen, die für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur große Bedeutung haben. Lagen diese Mitte der 1990er Jahre noch bei 1,4% des BIP so fielen sie 2004 auf einen Tiefststand von nur 0,89% des BIP (ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND, 2005, 5). Während die Ertragsanteile aus dem Finanzausgleich für die Gemeinden tendenziell sinken, steigen die Pflichtausgaben (lt. BV-G bzw. Gemeindeordnungen) überproportional an. Vor allem die Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen, Schulen, die Wasserver- und -entsorgung, und der öffentliche Verkehr stellen für die Städte und Gemeinden eine immer stärkere finanzielle Belastung dar.

Vom Rückbau besonders betroffen sind vor allem ländlich-periphere Gemeinden (unter 1.000 Einwohner) in Regionen mit geringer wirtschaftlicher Dynamik. Quantifiziert betrifft dies 25% der

² „Soziale und wirtschaftliche Infrastruktur“ ist ein deskriptiver Sammelbegriff. In der Fachliteratur besteht über die Bereiche, die zur Infrastruktur gezählt werden, kein Konsens (MACHOLD und TAMME 2005, 21ff).

Bevölkerung im ländlichen Raum und 18% der österreichischen Bevölkerung, die in solchen Ortschaften oder in Streusiedlungsgebieten leben (ÖROK, 2005, 89).

In Tabelle 1 wird ein Überblick über Trends in der regionalen Versorgung von sozialen und wirtschaftlichen Infrastrukturbereichen gegeben. Sind bei Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen Verbesserungen festzustellen, überwiegen in den meisten anderen Bereichen Verschlechterungen. Insbesondere der Lebensmittel-Einzelhandel (Nahversorgung), der öffentliche Nahverkehr (Bus- und Bahnkurse) sowie die Postdienste sind jene Bereiche, bei denen das Angebot österreichweit stark reduziert wurde.

Tab. 1: Entwicklung von ausgewählten sozialen- und wirtschaftlichen Infrastrukturen

Infrastrukturen	Ergebnisse nach Sektoren
Netzgebundene Infrastrukturen: Strom, Gas, Wasser, Telekom	Gefahr der Überwälzung von Kosten auf Gebiete mit geringer Auslastung
Schulen	Schließung von Volksschulen, Konzentration der weiterführenden Schulen
Medizinische Grundversorgung (ÄrztInnen)	Praktische ÄrztInnen befriedigend, Konzentration der FachärztInnen in Bezirkshauptstädten
Betreuung Kinder	Ausbau (von teils niedrigem Niveau), qualitative Defizite
Betreuung Senioren	Ausbau, bestehende quantitative und qualitative Defizite
Nahversorgung	Schließung, Konzentration in zentralen Orten
DL: Post, Bezirksbauernkammern, Forstverwaltungen	Schließung, Konzentration in zentralen Orten
Öffentlicher (Nah-)Verkehr	Einstellung, Ausdünnung
Öffentlicher Dienst: Polizei, Bezirksgericht etc.	Schließung, Konzentration in zentralen Orten

Quelle: MACHOLD und TAMME, 2005

Die Post AG hat das Filialnetz von 2.350 Postämter (1990) auf 1.306 Postämter (2006) um fast die Hälfte reduziert. Besonders davon betroffen sind periphere Regionen in den Bundesländern Nieder- und

Oberösterreich, sowie der Steiermark (vgl. Abb.1). Die Fläche, die jedes Postamt zu bedienen hat, ist damit deutlich angestiegen. Österreich liegt bei der Versorgung mit Poststandorten bereits unter dem europäischen Durchschnitt (ÖROK, 2005, 59). Mit Ersatzlösungen wie Post-Partner, Post-Servicestellen und Landzusteller können wesentliche Dienstleistungen trotz Schließung der Postämter aufrecht erhalten werden, einen qualitativ gleichwertigen Ersatz zum Postamt (mit Ausnahme der Post-Partner) stellen sie jedoch nicht dar. In einer Umfrage der Arbeiterkammer kam auch zum Ausdruck, dass ein Grossteil der Bevölkerung mit den Ersatzlösungen deutlich weniger zufrieden ist wie mit dem ehemaligen Postamt, jeder zweite sieht mehr Nach- als Vorteile, dass Landzusteller und Post-Servicestellen die Postamtsagenden übernommen haben (ARBEITERKAMMER, 2006).

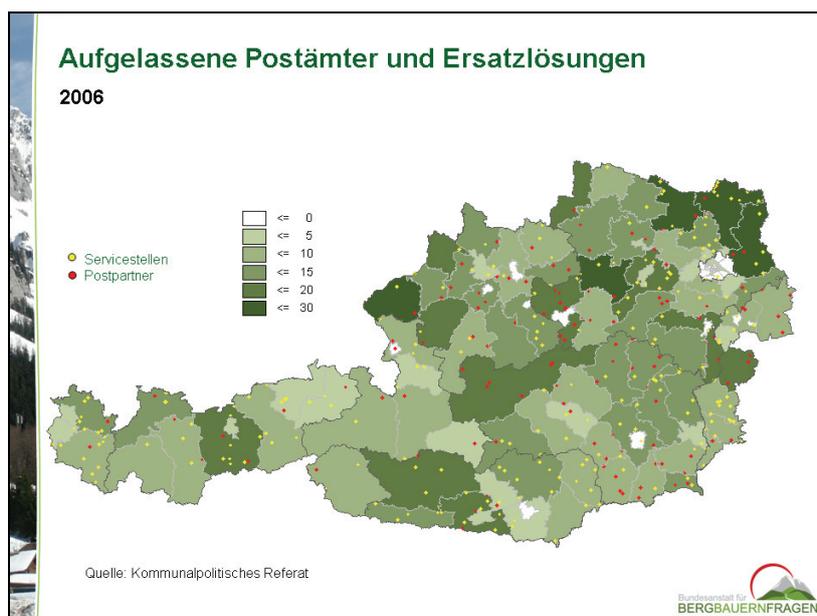


Abb. 1: Aufgelassene Postämter und Ersatzlösungen 2006

Quelle: Kommunalpolitisches Referat 2006, Graphik R. Neissl

Die Nahversorgung ist einem massiven Strukturwandel unterworfen. Seit den 1980er Jahren hat sich beispielsweise die Anzahl der Lebensmittelgeschäfte halbiert und nach wie vor sind jährliche

Rückgänge von 3-4% zu vermerken. Waren 1997 noch 237 Gemeinden ohne Lebensmittelhändler, stieg diese Zahl 2001 bereits auf 299 Gemeinden. Am stärksten ist die Steiermark betroffen. Über 25 Prozent der Gemeinden hatten 2001 keinen Nahversorger (vgl. Abb. 2). Es sind dabei hauptsächlich die kleinen und kleinsten Händler, die ihr Geschäft schließen. Im Gegenzug zum Niedergang der Nahversorgung vor Ort nehmen die Einkaufs-, Verbraucher- und Supermärkte an zentralen Orten (Bezirkshauptstädte) und "auf der grünen Wiese" stark zu.

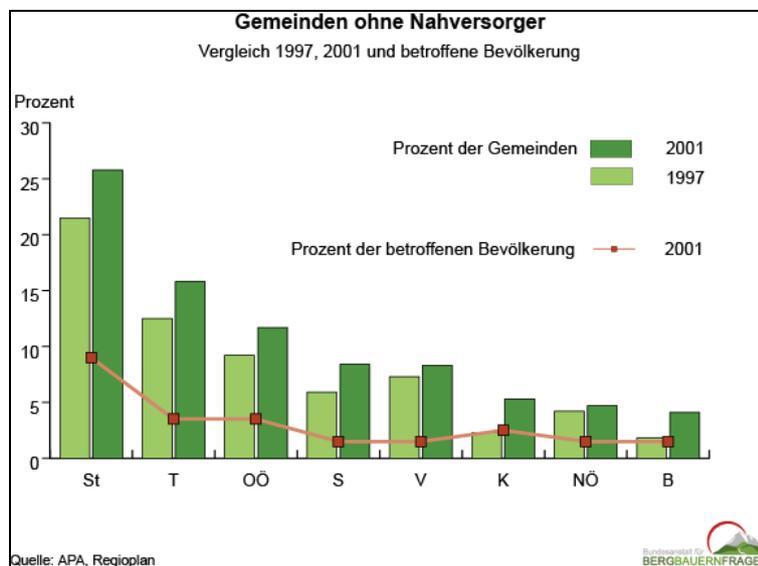


Abb. 2: Gemeinden ohne Nahversorger, Vergleich 1997 und 2001

Quelle: APA, Regioplan, 2006, Graphik R. Neissl

Das Angebot im öffentlichen Nahverkehr hat sich deutlich verschlechtert. Die flächendeckende Bedienung in ländlich-peripheren Regionen wird immer weiter eingeschränkt, was es insbesondere für nicht-motorisierte Bevölkerungsgruppen schwierig macht, den Alltag zu organisieren und zu bewältigen. Die österreichischen Bundesbahnen haben seit 1995 bei 14 Nebenbahnen die Verkehrsbedienung eingestellt. Geplant wird, ab 2008 weitere 17 Nebenstrecken stillzulegen, die allerdings keinen Personenverkehr

führen. Darüberhinaus sollen 18 Nebenbahnen (darunter die Pinzgau-, Mariazeller- und Ybbstalbahn) aufgelassen und durch Busse ersetzt und/oder durch die Länder weitergeführt werden. Betroffen sind ausschließlich Strecken in peripheren Regionen, überwiegend in Niederösterreich (Waldviertel, Voralpengebiet) (TAGESZEITUNG KURIER, 16. 8. 2006). Insgesamt konzentrieren sich Bahn- und Buskurse zunehmend auf den SchülerInnen- bzw. PendlerInnenverkehr und selbst der Ausbau der ÖBB-Hauptstrecken gerät immer wieder in Finanzierungsschwierigkeiten.

Demgegenüber ist die regionale Versorgung mit Pflichtschulen noch auf hohem Niveau stabil, obgleich mehr als 60 Volksschulen seit 2000 aufgelassen wurden.

Im Bereich der Kinderbetreuung und der Alten- und Pflegebetreuung sind (ausgehend von einem teils niedrigen Niveau) quantitativ Verbesserungen festzustellen. Die Qualität der Dienstleistungen entspricht aber oft nicht den Bedürfnissen der betroffenen Personen (ÖSTAT, 2004).

Im Bereich der gesundheitlichen Infrastruktur kann man ebenfalls im Großen und Ganzen von einer relativ ausgewogenen Versorgung sprechen, obwohl auch hier einige ländlich-periphere Gebiete Versorgungslücken aufweisen. Niedergelassene ÄrztInnen und dabei insbesondere FachärztInnen konzentrieren sich stärker in den Stadtregionen, während ländliche Regionen mit deutlich weniger ÄrztInnen auskommen müssen. In 636 Gemeinden gibt es keinen Arzt, keine Ärztin. Im Hinblick auf die Erreichbarkeit von Akutkrankenanstalten gibt es einige Problemgebiete vor allem in extrem dünn besiedelten Bergregionen, in denen man über 30 Auto-Minuten zur nächsten Akutkrankenanstalt fährt.

3. (Gesellschafts)politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Rückbau- und Konzentration der Daseinsvorsorge haben eine ihrer Ursachen in der Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Forciert wurde die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen von der europäischen Kommission bereits seit den 1980er Jahren (BEIGEWUM, 2004; CIPRA, 2006).

Die Folge davon ist, dass sich die öffentliche Hand (Bund, Länder, Gemeinden) aus der Erbringung und Gestaltung der Daseinsvorsorge zusehends zurückzieht. Die Erhöhung der Rentabilität durch Einstellung bzw. Ausdünnung des Angebotes verschlechtert in vielen Fällen die Versorgung. Gemeinwohlorientierte Zielsetzungen wie z.B. ein flächendeckendes Angebot, hohe Qualitätsstandards etc., die für die Erbringer nicht profitabel sind, verlieren an Bedeutung. Die Infrastruktur zieht sich aus der Fläche, das heißt den ländlichen Kleingemeinden zurück und konzentriert sich an den höherrangigen und zentralen Orten (z.B. den Bezirkshauptorten), wo die Auslastung höher ist.

Es greift jedoch zu kurz den Rückbau der Infrastruktur ausschließlich in veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen. Was unter Daseinsvorsorge verstanden und nachgefragt wird, verändert sich im Lauf der Zeit. Die flächendeckende Erschließung des ländlichen Raumes durch ein engmaschiges Straßennetz bzw. die Motorisierung breiter Kreise der ländlichen Bevölkerung haben beispielsweise die Wahrnehmung von Distanzen fundamental verändert. Auch die Bedürfnisse der Bevölkerung sind heute anders als vor 30 Jahren. Die Kleinfamilien überwiegen und Pflege- und Betreuungsangebote werden immer stärker nachgefragt, da die Frauen vermehrt berufstätig sind und die traditionell weiblichen Betreuungsaufgaben nicht mehr übernehmen können und wollen.

4. Case-studies in betroffenen Gemeinden

Die steirischen Kleingemeinden Radmer (794 Einwohner) und Weißenbach an der Enns³ (566 Einwohner) sind vom Infrastrukturrückbau der vergangenen Jahre unterschiedlich stark betroffen. Beide Gemeinden leiden unter Abwanderung und Überalterung der OrtsbewohnerInnen. Zusätzlich fehlen insbesondere in Radmer Arbeitsplätze, zumal für qualifizierte Beschäftigungen. Ohne Nutzung eines PKWs können in beiden Ortschaften wichtige

³ Die Case-Study Gemeinden wurden nach den folgenden Kriterien ausgewählt:
Berggebiet, strukturschwache Region, wenig Tourismus, ca. 500-1000 Einwohner.

Infrastrukturen nicht oder nur sehr umständlich genutzt werden. Die Infrastrukturen sind fußläufig überwiegend nicht erreichbar.

Tab. 1: Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturen in den Case-study-Gemeinden

	Radmer	Weißebach a.d. Enns
Lebensmittelhandel	2 Lebensmittelhändler, diverse mobile Zusteller	Bäckerei mit Imbissstube, Spar 1999 geschlossen, Zielpunkt in Nachbargemeinde
Gasthäuser	3 Gasthäuser	1 Cafe, Wirtschaftshäuser vor 20 Jahren geschlossen
Kinderbetreuung	Halbtages-Pfarrkindergarten ab 3 Jahren, 2 Tagesmütter	Halbtages-Kindergarten ab 3 Jahren, keine Tagesmutter
Seniorenbetreuung	Altenheim (Eisenerz), mobile Dienste	Pensionisten-, Alten- und Pflegeheim (St.Gallen, Weyer), mobile Dienste
Volksschule	27 Kinder, zweiklassig	25 Kinder, zweiklassig
Hauptschule/weiterf. Schulen	Hauptschule + weiterführende Schulen in Eisenerz	Hauptschule + Polytechnikum im Ort, weiterf. Schulen in Admont, Liezen und Waidhofen
Postamt	2002 aufgelassen, Landzustellung	2002 aufgelassen, Landzustellung
Öffentlicher Verkehr	Bus nach Eisenerz 3x täglich, Wochenende kein Verkehr	Ennstalbahn (mehrmals täglich) überregionale Busse, Regionaltaxi
Polizeiposten	1967 aufgelassen	im Nachbarort St.Gallen
Arzt	Praktischer Arzt + Hausapotheke, FachärztInnen in Bezirkshauptorten	Praktischer Arzt + Hausapotheke, Zahnarzt in St. Gallen, FachärztInnen in Bezirkshauptorten
Sonstiges	Gemeindeamt, Trafik, Forstverwaltung, Raika, Friseur vorhanden	Gemeindeamt; Bank- und Forstverwaltung aufgelassen

Quelle: MACHOLD und TAMME, 2005

Die befragten OrtsbewohnerInnen⁴ bewerten die regionale und überregionale Infrastrukturen sowie Verschlechterungen des Angebotes ambivalent. Werden bestimmte Infrastrukturen (Post, Bahn, Bus etc.) nicht selbst in Anspruch genommen, so wird deren Bedeutung geringer eingeschätzt, auch dann wenn objektiv Defizite vor Ort bestehen. Weniger mobile Personengruppen (SeniorInnen, Mütter mit Kindern) sind deshalb kritischer als AutobesitzerInnen (PendlerInnen, Männer).

Aus den Interviews geht hervor, dass soziale und wirtschaftliche Infrastruktur neben der Versorgungsfunktion auch grundlegend für den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt des Gemeinwesens ist. Infrastruktureinrichtungen sind wichtige Treffpunkte und Kommunikationsorte. Dies gilt besonders für nicht-berufstätige, ältere, und weniger mobile Bewohner.

Infrastruktureinrichtungen vor Ort beleben das Ortsbild und „entschleunigen“ den Verkehrsfluss. Werden Infrastruktureinrichtungen an zentralen Orten konzentriert und unrentable Niederlassungen in Kleingemeinden geschlossen, fallen diese Nebeneffekte weg und es führt buchstäblich zu einer Entleerung der ländlichen Räume. Weiters werden durch lokale und regionale Infrastruktureinrichtungen auch Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. Dies stärkt die lokale Kaufkraft, verringert den Druck eine auswärtige Beschäftigung annehmen zu müssen und vermindert die Abwanderung.

6. Strategien zur Festigung bzw. Erhaltung der Daseinsvorsorge – Schlussfolgerungen

Generell ist festzustellen, dass die ländlich-peripheren Regionen in unterschiedlichem Ausmaß mit sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktureinrichtungen versorgt sind. Die Entwicklung verläuft nicht in allen Bereichen gleich, es ist jedoch so, dass in jenen Bereichen,

⁴ Im Zeitraum August 2003 bis März 2004 wurden 34 qualitative leitfadengestützte Interviews mit AnbieterInnen von Infrastruktur (Kindergarten, Kaufhaus, Arzt, etc.) und GemeindebewohnerInnen geführt.

in denen in den letzten Jahren ein deutlicher Rückbau festzustellen ist, dieser Rückbau (aus verschiedenen Gründen) verstärkt im ländlichen Raum stattfindet. Die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur versorgt die ansässige Bevölkerung nicht nur mit Gütern und Dienstleistungen. Infrastrukturen sind multifunktional und erfüllen ganz unterschiedliche Bedürfnisse. Die Gebietskörperschaften sind daher gefordert, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Es sind Mindeststandards der Grundversorgung von den AnbieterInnen zu gewährleisten: Die flächendeckende, dauerhafte, verlässliche Versorgung muss qualitativ und quantitativ verbindlich sein. Damit kann der Ausdünnung der Daseinsvorsorge politisch gegen gesteuert werden. Gefordert sind auch die Kommunen selbst. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kleingemeinden kann zu einer Ergänzung des Angebotes und letztlich zu einer höheren Auslastung führen.

Die kombinierte Nutzung von Standorten bzw. Gebäuden bietet die Möglichkeit durch vielfältige Kombinationen Infrastruktureinrichtungen vor Ort auf wirtschaftlicher Basis aufrecht zu erhalten: Dies können beispielsweise Postpartner (z.B. Lebensmittelhändler, Trafiken mit Postservice) sein. Schulgebäude können auch für kulturelle- und sportliche Aktivitäten genutzt werden. Im Gesundheitsbereich können Praxisgemeinschaften, die ihre Räumlichkeiten für Zusatzangebote (Prävention, Alternativmedizin) zur Verfügung stellen, zu einer höheren Effizienz beitragen. Gelungene Projekte wie z.B. die Nachbarschaftsläden in Deutschland (www.dorfplanerin.de/nachbarschaftsladen), die von der Bevölkerung angenommen werden, sollten als Vorbild für andere Regionen dienen („best-practice“).

Das ländliche Entwicklungsprogramm für die Jahre 2007-2013 im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) böte die Möglichkeit, im Rahmen des Schwerpunkts 3 "Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft" Initiativen in die Richtung zu fördern, dass zukunftsfähige und bedarfsorientierte Konzepte auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt werden können. Der österreichische Entwurf der Maßnahmenbeschreibungen enthält die Maßnahme "Unterstützung der Gründung und Entwicklung von Kleinstunternehmen", in deren Rahmen z.B. die Förderung von

Investitionen in der Nahversorgung einzuordnen ist. Auch die Maßnahme "Dorfentwicklung" und das Leader-Programm ("Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum") bietet Anknüpfungsmöglichkeiten zur Förderung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge (BMLFUW, 2006).

Literatur

- ARBEITERKAMMER (2006): AK Umfrage zeigt: Den Menschen geht „ihre“ Post ab – Landzusteller & Co sind nur ein schwacher Ersatz! Unterlagen zur Pressekonferenz am 20. Juli 2006.
- BEIRAT FÜR GESELLSCHAFTS-, WIRTSCHAFTS- UND UMWELTPOLITISCHE ALTERNATIVEN (2004): Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Kurswechsel, Heft 3/2004, Wien, Sonderzahl Verlag/Kurswechsel.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORTWIRTSCHAFT, UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT (BMLFUW) (2006): Der Grüne Pakt für Österreichs Landwirtschaft - Ländliche Entwicklung 2007-2013, Entwurf Maßnahmenbeschreibung. Wien. Eigenverlag.
- TAGESZEITUNG KURIER (16.8.2006): „Buslinien statt 15 Nebenbahnen“.
- INTERNATIONALE ALPENSCHUTZKOMMISSION (CIPRA) (2006): Öffentliche Dienstleistungen: Privatisierung des allgemeinen Interesses? Cibra-Info 79/2006. Eigenverlag.
- MACHOLD, I. und TAMME, O. (2005): Versorgung gefährdet? Soziale und wirtschaftliche Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum. Forschungsbericht Nr. 53 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien. Eigenverlag.
- ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND (2005): Gemeindefinanzbericht - Die Finanzen der österreichischen Gemeinden von 1993 bis 2003. In: Österreichischer Sparkassenverband (Hg.) Wien. Eigenverlag.
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK) (Hg.) (2005): Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Wien. Eigenverlag.
- STATISTIK AUSTRIA (ÖSTAT) (2004): Kindertagesheimstatistik 2003/04. Wien. Eigenverlag.

Anschrift des Verfassers (der Verfasserin)

*Mag. Ingrid Machold, Mag. Oliver Tamme
 Bundesanstalt für Bergbauernfragen
 A-1030 Wien, Marxergasse 2/Mezz.
 Tel.: +43 1 504 88 69 0
 eMail: oliver.tamme@babf.bmlfuw.gv.at
 ingrid.machold@babf.bmlfuw.gv.at*